

# Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt 1.50 Mark für das Vierteljahr ohne Bringerlohn.

Inserate müssen bis Montag mittag in unserer Expedition aufgegeben sein. Der Anzeigenpreis beträgt 85 Pfg. für die 6 gespaltene Zeile. Der Betrag ist im Voraus zu entrichten.

Nr. 22

Sonntag, den 28. Mai

1916

## „Lebensmitteldiktatur“

Merkwürdigerweise wird jetzt in der gesamten deutschen Presse von der Einführung einer Lebensmitteldiktatur geschrieben. Als ob nicht schon eine Lebensmitteldiktatur bestände! Und zwar haben wir sie bereits seit Ausbruch des Krieges.

Wie ist denn die Lage! Sehr bald nach Ausbruch des Krieges erteilte der Reichstag der Regierung Vollmacht, zur Regelung der Volksernährung während des Krieges über den Handel mit Lebensmitteln im Verordnungswege nach ihrem Ermessen bestimmen zu dürfen. Bis auf den heutigen Tag sind nun geradezu Berge einschlägiger Verordnungen entstanden. Aber bald nach Beginn des Krieges unterbreiteten bekanntlich der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und die General-Kommission der Gewerkschaften gemeinsam dem deutschen Reichstag Vorschläge zur Regelung der Ernährungsfrage, deren Berücksichtigung die unzähligen, sich oft widersprechenden und sich gegenseitig aufhebenden Verordnungen unnötig gemacht und eine verständige Regelung der Volksernährung während des Krieges herbeigeführt hätte. Und bis heute sind diese Vorschläge noch nicht berücksichtigt. Dagegen besteht trotz der unzähligen Verordnungen, die alle diktatorischen Charakters sind, eine Verwirrung auf dem Gebiet der Volksernährung, die unheilvoll wirkt. Das kommt daher, daß diese Diktatur eine höchst einseitige ist. Sie erstreckt sich vorwiegend auf den Handel und benachteiligt die Konsumenten so schwer, daß allgemeiner Unwille über diese Art des Eingreifens besteht.

In dieser höchsten Verwirrung erkrankte der Staatssekretär des Innern, der in erster Linie für alle Maßnahmen und Verordnungen verantwortlich ist. Auf die Erkrankung folgte seine Entlassung. Und nun wird kein Volk plötzlich verkündet, es solle eine neue umfassende und gründliche Regelung der Ernährungsfragen unternommen werden, die einem besonders einzuweisenden Reichsbeamten übertragen werden soll. Die darüber offiziös gemachten Andeutungen heranziehen die bürgerliche Presse, die beachtlichste Maßnahme als eine Lebensmitteldiktatur zu bezeichnen und mit diesem Schlagwort zugleich eine Forderung der Massen zu betreiben. Denn es ist in der Tat eine Forderung, jetzt erst von einer Lebensmitteldiktatur zu reden. Sie besteht längst. Diktatorisch ist allen Volksangehörigen vorgeschrieben, wieviel sie Brot, Kartoffeln, Butter, Fleisch, Zucker usw. pro Person erhalten und verbrauchen dürfen.

Freilich, neben diesen diktatorischen Maßnahmen fehlen solche, die den Konsumenten auch verbürgen, daß sie unter allen Umständen die diktatorisch vorgeschriebene Ration auch erhalten müssen. Und außerdem sind die bezüglichen Verordnungen so lächerlich, daß es begüterten Staatsbürgern möglich war, sich Massen von Lebensmitteln auf Vorrat kaufen und so den Lebensmittelmarkt plündern zu können, so daß für die ärmeren, aus der Hand in den Mund lebenden Massen nicht viel übrig blieb, tatsächlich Mangel an den notwendigsten Lebensmitteln eintrat. Das ist es, was gerade böses Blut gemacht hat.

Weiter aber fehlt es uns vollständig an Maßnahmen zu einer Regelung der Lebensmittelproduktion, die hoch die Grundlage einer rationellen Volksernährung bilden muß. Hier hat die Regierung völlig versagt, wie es ihr im Reichstag oft zum Vorwurf gemacht worden ist. Trotz aller Vorwürfe hat sie nichts zu einer Regelung der Nahrungsmittelproduktion getan, das die Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln so gesichert und erfolgreich gestaltet hätte, daß wenigstens von einer gleichmäßigen Fürsorge für alle Volksschichten geredet werden könnte. Wir brauchen hierfür keine speziellen Nachweise mehr zu führen, die Unzulänglichkeiten sind bekannt und mehren sich noch, wie der allgemeine Unwille darüber.

Diese Mißstimmung kann nun nicht etwa behoben werden durch die Verkündung, daß eine „Lebensmitteldiktatur“, d. h. ein mit den weitgehendsten Befugnissen ausgestatteter, direkt dem Reichskanzler unterstehender Reichsbeamter eingesetzt werden soll, der die Skalamität in der Volksernährungsfrage beheben soll.

Jeder weiß doch, daß eine einzelne Persönlichkeit, sei sie so klug und weise, den infolge der kapitalistischen Wirtschaft verwirrten Knäuel der Ernährungsfragen nicht entwirren kann. Dazu ist eine Aenderung des Systems nötig, die wir schon oben andeuteten. Alle Maßnahmen haben demnach zuerst bei der Produktion von Nahrungsmitteln resp. Lebensmitteln einzusetzen. Das ist es ja gerade, was die bürgerlichen Parteien, die die kapitalistische Wirtschaft verteidigen, nicht wollen. Eingriffe in den Handel resp. in die Verteilung von Lebensmitteln lassen sie sich noch gefallen. Denn alle solche Eingriffe glaubt die kapitalistische Wirtschaftsordnung noch paralisieren zu können. Aber ein Eingriff in die gesamte Produktion scheint ihnen gefährlich. Schon deshalb, weil sie meinen, das könnte zu Konsequenzen führen, die der sozial-

istischen Propaganda nützen könnten. Darum äußert die kapitalistische Presse Bedenken über die Einsetzung eines „Lebensmitteldiktators“, weil sie befürchtet, dessen etwaige tiefer greifende Maßnahmen könnten die ganze kapitalistische Wirtschaft diskreditieren.

Jedenfalls sind solche Bedenken überflüssig. Ein selbst mit diktatorischen Befugnissen ausgestatteter Beamter eines kapitalistischen Staates wird sich hüten, etwas zu unternehmen, was einer Untergrabung der kapitalistischen Wirtschaft gleichkäme. Darin ist auch der ganze bürgerliche Lament gegen einen „Lebensmitteldiktator“ nur Schaumbläser.

Wir betrachten die pompöse Ankündigung einer Aenderung der Haltung der Regierung zur Volksernährung nur als ein Zwischenpiel, über dem die Zeit vergeht. Was dabei herauskommt, muß sich bald zeigen. Tiefere Eingriffe in die Produktion erwarten wir nicht. Wohl ist eine anderer Art der Verteilung möglich, das sagen schon die oben bezeichneten Vorschläge der Arbeitervertretungen. Sie müßte sich grundsätzlich auf die Beschlagnahme aller Nahrungsmittel erstrecken, schon deshalb, weil Deutschland selbst nicht genügend hervorbringt, was zur Ernährung des ganzen Volkes benötigt wird. Eine gleichartige, alle Bevölkerungskreise bedenkende Verteilung der vorhandenen Erzeugnisse müßte aber freilich von ganz andern Grundrissen ausgehen, als die im Sid-Sack wirkenden bisherigen Verordnungen. Auch die bereits verfügte Beschlagnahme verschiedener Produkte ist ungenügend.

Doch genug. Sobald ein „Lebensmitteldiktator“ eingesetzt ist, wird sich zeigen, was er kann und was zu tun er bereit ist. Man will ihm angeblich einen Beirat begeben. Davon halten wir nichts. Uns schrecken da die Spuren des „wirtschaftlichen Beirats“, von dessen Dasein kein Mensch etwas verspürt, denn trotz dieses Beirats, dem auch sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete angehören, ist die Verwirrung in der Volksernährungsfrage immer noch gestiegen.

Während der Fortdauer des Krieges wird wohl auf eine gründliche Aenderung zum Besseren nicht zu rechnen sein. So will es das Wesen des kapitalistischen Staates.

## Der andere Streich.

Wie recht hatten wir doch, als wir in voriger Nummer des Tabak-Arbeiter unsern Mißtrauen gegenüber der Entscheidung der Steuerkommission des Reichstags nach der ersten Lesung der Tabaksteuervorlage starken Ausdruck gaben. Die Mogelei hinter den Kulissen hat für den Schatzsekretär den Erfolg gehabt, daß man ihm jetzt statt 500 Millionen Mark neuer Steuern 750 Millionen entgegenbringen will. Darunter auch die Tabaksteuer.

Ganz, wie es die Großunternehmer der Zigarrenindustrie ausgeklügelt haben, so haben die bürgerlichen Parteien bei den Kompromißverhandlungen sich entschieden. Und so, wie sie die Sache bis jetzt geschoben haben, wird es auch im Plenum des Reichstags gehen. Darnach soll die Zigarettensteuer und die Tabaksteuer nach der Vorlage der Regierung angenommen werden. Nur soll bei der Tabaksteuer der Vorbehalt gemacht werden, daß die Erhöhung des Wertzollzuschlages von 40 auf 65 Prozent erst später eingeführt wird. Indes wird der Zeitpunkt der Einführung in das Ermessen der Regierung gestellt. Wie es jetzt heißt, soll der Termin der Einführung mit dem Zeitpunkt gewählt werden, „wenn die Tabakpreise wieder einen normalen Stand erreicht haben werden.“

Das ist eine so vage Redensart, daß sie natürlich unmöglich in ein Gesetz aufgenommen werden kann. Man wird daher abwarten müssen, wie in der Steuerkommission die Sache noch gedeckelt wird. Aber wir geben uns nicht etwa der Einbildung hin, daß die Sache für die Tabakindustrie verbessert wird. Dazu ist jede Aussicht abgeschnitten, nachdem auch die fortschrittliche Volkspartei sich auf das Kompromiß festgelegt hat. Wohl äußert das Berliner Tageblatt noch Zweifel, daß die Steuerfragen im Sinne des Kompromisses entschieden werden könnten, allein, die offiziöse Fanzare über den glücklichen Abschluß des Kompromisses zeigt uns, wohin die Fahrt geht.

Die Tabak- resp. Zigarrenindustrie muß sich jetzt schon darauf einrichten, daß die Erhöhung des Gewichtszolles auf 130 % pro Doppelzentner kommt. Auch der Wertzollzuschlag mit 65 Prozent kommt, nur wird abgewartet werden müssen, welchen Termin der Reichstag für seine Einführung festsetzt.

Bernichtet schon die unerhörte Steigerung der Tabakpreise, die durch den Krieg herbeigeführt wurde, eine Reihe kleiner Betriebe der Zigarrenindustrie, so wird die erhöhte Steuer das Weitere tun und einer großen Anzahl kleiner und mittlerer Existenzen den Todesstoß geben. Das wird die Phrase des Schatzsekretärs — daß, so lange Kriegslieferungen der Zigarrenindustrie übertragen werden, für

die Erhaltung und gute Beschäftigung der Zigarrenindustrie gesorgt sei — nicht verhindern. Sogar die großen Unternehmer werden durch ihre geschäftlichen Kräfte dazu beitragen, daß die Kleinen kaltgestellt werden, denn auch in der Tabakindustrie treibt alles auf den Großbetrieb hin.

Diese Entwicklung ebnet die Bahn zur Vertrustung oder zum Monopol. Die großen Unternehmer sehen natürlich ein Privatmonopol, wie es ein Trust schaffen würde, lieber, als das Staatsmonopol. Deshalb sind sie immer zu neuen Steuerzugeständnissen bereit. Nehmen sie doch den Steuerbetrag den Konsumenten reichlich ab. Und fähig ist es der Regierung ganz recht, wenn sie durch höhere Steuern ebenso viel aus dem Tabak herausschlägt, wie aus einem Monopol. Denn Monopolpreise, d. h. hohe Preise werden in diesem, wie in jenem Falle auf die Zigarren gelegt. Wie hoch die Preise steigen werden, ist im Augenblick gar nicht zu sagen. Bei dem jetzigen Stand der Tabakpreise werden die Zigarettenpreise eine ungeahnte Höhe erreichen, so daß der Tabakgenuss mehr und mehr zum Luxus wird.

Ueber die Wirkung dieser künstlichen Vertrustung des Tabak durch den Krieg und durch die Steuer haben wir uns oft genug ausgelassen, wir wollen das nicht wiederholen. Jetzt aber tritt die furchtbare Wirklichkeit an uns heran, die die Existenz Tausender mit einem Schlage vernichtet. Das zu verantworten, dazu gehört eine hartgepöhlte Natur. Ob und wie das Volk die dafür Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wird, darüber erlauben wir uns hier keine Andeutung zu machen. Aber wenn die gesamten bürgerlichen Parteien diesen Streich gegen die Tabakindustrie mit faher, und nur die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstags allein dagegen Stellung nehmen, dann muß auch dem simpelsten Staatsbürger diese Praxis bürgerlich-kapitalistischer Ausbeutung bitter aufstehen.

Das Kompromiß der bürgerlichen Parteien, das auch die Tabaksteuern annahm, war der zweite Streich parlamentarischen Abkommens gegen die Tabakindustrie. Nun bleibt es nur noch der bürgerlichen Mehrheit übrig, im Reichstag formell zu vollziehen, was sie hinter den Kulissen mit der Regierung zusammengebräut haben, dann ist die Tragödie der Tabakindustrie fertig. Der letzte Akt endet mit der Vernichtung der Existenz vieler fleißiger, nur zu bescheiden lebender Menschen. —

## Es ist vollbracht!

Als der Steuerausschuß kürzlich die Vorlage der Regierung auf Erhöhung der Tabakabgaben behandelt und dem zu einer Ablehnung insoweit kam, daß nur die Zigarette in der geforderten Weise belastet werden sollte, mag man dem Interessenten der Zigarren- und andern Branchen der deutschen Tabakindustrie ein leises Gefühl der Hoffnung überkommen sein. Doch das Unglück schritt schneller, als man erwarten durfte. Als wir das Abstimmungsresultat der Kommission vernahmen, überkam uns eine Gänsehaut, denn wir glaubten nicht an einen endgültigen Beschluß, obwohl man ja die Zigarette schon ungeheuerlich scharf getroffen hatte. Der Beschluß der Kommission war denn auch nur gefaßt worden, um Zeit zum Arbeiten hinter den Kulissen zu gewinnen. Diese Arbeit ist denn auch zum Schaden unserer Industrie gründlich besorgt worden. Alle Proteste und Warnungen der Interessenten haben nichts genützt; die Großindustriellen sind nun einmal Trumf; sie haben in Verbindung mit den Steuerwünschen der Regierung ihren Willen durchgesetzt und damit der Tabakindustrie einen Stoß versetzt, an dem sie zugrunde gehen wird. Tausende und Tausende Tabakarbeiter und -arbeiterinnen werden noch mehr als bisher schon Hungerpfoten laugen müssen. Dabei war die Möglichkeit gegenwärtig mehr denn je gegeben, statt dieser Verbrauchssteuer direkte Steuern zu erheben. Auch die Notwendigkeit dafür war gegenwärtig mehr denn je gegeben.

Nachdem die Kommission ihre Beschlüsse gefaßt, ging die Arbeit hinter den Kulissen an; vor allem das Zentrum hatte sich ja eine große Hintertür aufgelassen. Nun hat man alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, unter einen Hut gebracht; selbst die Polen, die zunächst so taten, als könne man sich einigermaßen auf sie verlassen, sind zusammengeklappt und haben geschluckt, was sie an Schäden vorgezogen kriegt. Man sage nicht, daß es für ja noch um die Meinung des Plenums, ja nicht einmal der Kommission, handle. Ach, wenn schon einmal die gesamten bürgerlichen Parteien mit der Regierung zusammen hinter den Kulissen eine Suppe gekocht haben, so wird sie nicht nur von der Kommission, sondern auch vom Plenum des Reichstages ausgelöffelt werden. So wird es auch bei dem „Kompromiß“ bleiben, wie es von sämtlichen bürgerlichen Parteien und der Regierung jetzt hinter dem Rücken der

Kommission vereinbart worden ist. Zwar sind einige Mitteilungen beschlossene worden, doch im großen Ganzen muß die Tabakindustrie die Befehle wohl oder übel über sich ergehen lassen. Was daraus für sie wird, wird sich nur zu bald zeigen.

Als dem Steueranschuß ist für die zweite Lesung des Entwurfs über die Erhöhung der Tabakabgaben ein gemeinsamer Antrag zugegangen, der von den Abgeordneten Arnstadt (Konf.), Dr. Blundt (Fortchr. Sp.), Erzberger (Zentr.), Erber (Zentr.), Feld (Natl.), Kretz (Konf.), Dr. Mayer-Kaufmann (Zentr.), Meyer-Herford (Natl.), Müller-Fulba (Zentr.), Rupp (Deutsche Frakt.), Schulenburg (Natl.), v. Trampczynski (Pole), Warmuth (Deutsche Frakt.) und Wiemer (Fortchr. Sp.) unterzeichnet worden ist.

Demnach ist der in erster Lesung gestrichene Artikel I des Entwurfs (Tabaksteuer) wiederherzustellen mit folgenden Änderungen (Unsere Leser wollen Nr. 11 des T.-N. vom 12. März d. J. zur Hand nehmen; die Vorlage ist dort abgedruckt):

In Artikel I Ziffer 5 (Steuer für einen Doppelzentner Inlandtabak) ist der Satz von 75 M auf 70 M ermäßigt. § 2 Abs. 3 des Tabaksteuergesetzes erhält folgenden Zusatz: „Der Zollzuschlag kann auf Antrag gegen Sicherheitsleistung für eine Frist bis zu 6 Monaten gestundet werden.“

Im Artikel I Ziffer 7 ist die Steuer für ein Viertelmeter der mit Tabak bepflanzten Fläche von 7,5 auf 7 S, die Steuer im ganzen von mindestens 75 auf 70 S ermäßigt.

Da an der vorgeschlagenen Erhöhung des Zolls von 85 auf 130 M pro Doppelzentner nichts geändert werden soll, so hat man die Spannung in der Belastung des Auslandstabaks zugunsten des inländischen Tabaks noch erhöht. Die deutschen Tabakbauern werden zufrieden sein darüber.

Im Zigarettensteuergesetz erhält Ziffer 1 folgenden Zusatz: Im § 2 Abs. 1 Ziffer 2b ist statt „fünf bis zehn Mark“ zu setzen „8 bis 10 M“. Nach dem Entwurf sollte Zigarettenabak im Kleinverkaufspreis von 5 bis 10 M mit 3 M versteuert werden.

Artikel II erhält folgenden Zusatz: „Der Bundesrat ist ermächtigt, die Preisgrenze für steuerpflichtigen Zigarettenabak bis auf 5 M für ein Kilogramm herabzusetzen.“ Ziffer 4 ist zu streichen.

Artikel III Abs. 2 erhält folgende Fassung: „Der Bundesrat ist ermächtigt, die Preisgrenze von 8 M in Ziffer 2 bis auf 5 M zu ermäßigen.“

An die Stelle von Absatz 3 treten folgende Vorschriften: „Betriebe, die in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. Dezember 1916 mehr Zigaretten versteuert haben, als in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. März 1916, haben, soweit die Mehrversteuerung 15 v. H. überschreitet, für die mehr versteuerte Menge einen erhöhten Kriegsausschlag zu entrichten. Der erhöhte Kriegsausschlag beträgt bei einer Mehrversteuerung von über 15 bis 30 v. H. das Zweifache, bei einer Mehrversteuerung von über 20 bis 25 v. H. das Vierfache des vom Betriebe im Kontingentsabschnitt durchschnittlich gezahlten Kriegsausschlages.“

Der Bundesrat kann zur Vermeidung von Härten für einzelne Betriebe die zum einfachen Kriegsausschlag zu verrechnenden Mengen anderweit festsetzen.

Für die Zeit nach dem 31. Dezember 1916 bestimmt der Bundesrat, für welche Mengen der einfache Kriegsausschlag zu entrichten ist. Die darüber hinaus versteuerten Mengen unterliegen dem erhöhten Kriegsausschlag nach vorstehenden Sätzen.

Absatz 7 erhält folgende Fassung: Der Kriegsausschlag kann ohne Sicherheitsleistung für eine Frist bis zu drei Monaten gestundet werden.

Artikel IV. An die Stelle von Ziffer 1 und 2 des Entwurfs tritt als Ziffer 1 folgende Vorschrift:

Die nach dem 20. Mai 1916 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes verzollten und versteuerten Tabakblätter unterliegen der Nachverzollung und Nachversteuerung. Für die in der gleichen Zeit von Händlern verzollten Zigaretten und Zigaretten wird ein Nachzoll erhoben.

In Ziffer 3 (früher 2) in der Fassung des Kommissionsbeschlusses ist der letzte Satz wie folgt zu fassen: Sofern der nachzuhebende Kriegsausschlag mehr als 100 Mark beträgt, kann er auf Antrag für eine Frist von drei Monaten gestundet werden.

Ziffer 4 (Entwurf) fällt fort.

Ziffer 5 wird Ziffer 3.

Ziffer 4. Die näheren Bestimmungen über die Nachverzollung und Nachversteuerung trifft der Reichszollverwalter. Der Reichszollverwalter kann Ausnahmen zulassen.

Ziffer 6 und 7 werden 5 und 6.

Im Artikel V Abs. 1 ist am Schlusse des ersten Satzes statt „von zwei Jahren“ zu setzen „von einem halben Jahre“.

Artikel VI erhält folgende Fassung: Dieses Gesetz, mit Ausnahme der Vorschriften in Artikel I Ziffer 2, tritt am 1. Juli 1916 in Kraft.

Die Vorschrift in Artikel I Ziffer 2 wird durch Veränderung des Bundesrats unter entsprechender Regelung der Nachverzollung in Kraft gesetzt, jedoch nicht früher, als bis in einem Kalendervierteljahr der der Verzollung von Tabakblättern zugrunde gelegten Wert durchschnittlich weniger als 180 M für einen Doppelzentner betragen wird.

Nach der letzten Bestimmung soll der erhöhte Wertzuschlag (65 v. H. bisher 40 v. H.) erst in Kraft gesetzt werden können, und zwar durch den Bundesrat, wenn der durchschnittliche Wert des Tabaks, wie er bei der Verzollung zugrunde gelegt wurde, ein Kalendervierteljahr hindurch weniger als 180 M für einen Doppelzentner beträgt. Die Süddeutsche Tabakzeitung schreibt dazu: Die Frage, wann der Satz von 65 v. H. für Wertzoll in Kraft treten wird, läßt sich heute auch nicht annähernd bestimmen; indessen geben vielleicht die nachstehenden Zahlen der Reichsstatistik einen Anhaltspunkt dafür, bis welchen Tabakpreisen dies der Fall

sein wird. Die Einfuhr von ausländischen, wertvolleren unbearbeiteten Tabakblättern betrug im Durchschnittswert

Staatsjahr	Doppelzentner	per Ds.
1910/11	623 727	161
1911/12	640 386	176
1912/13	684 198	176
1913/14	680 641	172
mithin im Durchschnitt		
1910/14	657 900	171

Der höhere Wertzoll wird demnach erst dann in Kraft treten, wenn die Tabakpreise für zollzuschlagspflichtige Auslandsgewächse nur noch 2,34 Prozent höher als in den Jahren 1911/13 oder 5,26 Prozent höher als im Durchschnitt der Jahre 1910/14 sind.

So sind denn die Wünsche auch jener Fabrikanten erfüllt worden, die zum Teil gegen die Vorschläge des Deutschen Tabakvereins opponierten und den höheren Wertzoll hinausgeschoben wissen wollten, bis bessere Zeiten kommen. An die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen haben die Herren, die das Kompromiß abgeschlossen haben, freilich nicht gedacht. Obgleich die Kommission in der ersten Lesung den Antrag angenommen hatte, die brotlos werdenden Tabakarbeiter zu entschädigen, hat man diesen Beschluß nicht respektiert und ist dem Gedanken des Schatzsekretärs gefolgt, der aus Rücksicht auf andere durch den Krieg geschädigte Berufe die Tabakarbeiter nicht entschädigen will. Also wird man aus der wetten Haut der Tabakarbeiter unverantwortlich weiter Ritzen schneiden! Nur sollen die Herren Kompromißler Farbe bekennen, denn im Plenum des Reichstages wird die Entschädigungsfrage nicht durch Schweigen übergangen werden können.

## Tabaksteuer und Arbeiterlöhne.

Der „Tabakwelt“ wird von sachverständiger Seite geschrieben:

„Die Zigarettenindustrie hat es leider nie verstanden, sich beliebt zu machen, im Gegenteil werden ihre Verhältnisse von jeher außerordentlich einseitig beurteilt. Ebenso wie die meisten Raucher durch die in der Branche üblich gewordene Reklame veranlaßt werden, sich lediglich den „Marken“ einiger großkapitalistischer Riesenniederbetriebe zuzuwenden, so richten sich fast unwillkürlich auch die Blinde weiterer Kreise, sobald über die Lage des Zigarettengewerbes gesprochen wird, fast ausschließlich auf einige Großfirmen dieser Industrie, und aus deren Entwicklung, aus den mächtigen Geschäftsgebäuden, die sie errichten, wird ohne weiteres auf die Lage des Gesamtgewerbes geschlossen und diese als hervorragend günstig bezeichnet.“

Da außerdem oft noch Mitteilungen über Streitigkeiten, die sich innerhalb dieser Industrie abspielen, über Preiskleberdickungen und Verkrustungsbestrebungen in das Publikum bringen, ist es erklärlich, daß die allgemeine Stimmung dem Zigarettengewerbe wenig freundlich ist. In welchem Umfang freilich dies der Fall ist, haben erst die Beratungen der Steuerkommission des Reichstages über den vom Bundesrat vorgelegten neuen Tabaksteuerentwurf voll anerkennen lassen. Soweit Mitteilungen über diese Beratungen in die Öffentlichkeit gelangt sind, haben sich die Vertreter aller Parteien ohne weiteres für eine neue starke Belastung des Zigarettenkonsums ausgesprochen und erklärt, daß die Zigarette eine höhere Last vertragen könne, ohne sich doch irgendwie mit der wirklichen Lage des Gewerbes — insbesondere mit dessen Verhältnissen während der Kriegszeit — zu befassen. So wurde die Zigarettensteuer von einem Rechner kurzweg als ein „Reumpferd“ bezeichnet, welches ja alle Hindernisse spielend nähme, eine wirtschaftliche Betrachtungsweise, die man bei einer ernstlichen Beratung über das Wohl und Weh eines ganzen Industriezweiges kaum für möglich halten sollte.

Am meisten befremden muß es freilich, daß sogar der Umstand, daß die Zigarettenindustrie ihre Arbeiter im Durchschnitt besser bezahlt als die Zigarrenindustrie, als Grund dafür bezeichnet wurde, daß die letztere eine höhere Last ertragen könne. Es war Herr Reichszollsekretär Dr. Haffner, der in der Kommission des Reichstages darauf hinwies, daß die Lohnhöhe in der Zigarettenindustrie im Jahre 1914 im Durchschnitt 931 M betragen habe, und der nach dem Bericht ohne weiteres hieraus die Berechtigung zu einer neuen starken Belastung des Zigarettengewerbes folgerte. Tatsächlich ist es ja unzweifelhaft, daß das Zigarettengewerbe seine Arbeiter durchschnittlich höher entlohnt, wie das Zigarrengewerbe. Dennoch dürfte es in der Geschichte unseres Wirtschaftslebens das erste Mal sein, daß man einem Gewerbe aus diesem Grunde — gleichsam als Strafe für eine angemessene Entlohnung der Arbeiter — eine höhere Steuerlast aufzuerlegen sucht, oder die letztere mit dem Hinweis auf die gezahlten besseren Löhne als berechtigt hinstellt.

Es erübrigt sich fast, an dieser Stelle darzulegen, welchen Ursachen die verhältnismäßig außerordentlich niedrigen Arbeiterlöhne in der Zigarrenindustrie entspringen. Jeder Sachmann weiß, daß diese Industrie vermöge ihrer Beweglichkeit seit langer Zeit bestrebt ist, möglichst billige Arbeitsgegenden anzuschauen, so daß heute selbst bedeutende Betriebe an ihrem Domicil lediglich die Geschäftsräume und den Bestand haben, während sie auf dem flachen Lande Dutzende oder Hunderte von kleinen Filialbetrieben beschäftigen. Die Konkurrenz der billigsten Arbeitskräfte auf dem flachen Lande ist es somit, die auf den Durchschnitt der in der Zigarrenindustrie gezahlten Löhne drückt und deren Steigen verhindert.

Im Gegensatz zu diesem System hat die Zigarettenindustrie von jeher ein Streben nach Konzentration der Betriebe gezeigt, was naturgemäß die Errichtung umfangreicher Betriebe in den Städten, andererseits aber auch eine entsprechende Aufwärtsbewegung der Löhne zur Folge haben mußte. Im Interesse unserer Arbeiterklasse ist jedenfalls eine solche, mit der Steigerung der Lebenshaltung parallele Gestaltung der Arbeiterlöhne besonders zu begrüßen, und man möchte es sich vielleicht doch nochmals

überlegen, ob es sich mit dem sozialen Gedanken vereinbaren läßt, die verhältnismäßig besseren Löhne eines Industriezweigs zum Grunde für eine erdrückende steuerliche Neubelastung zu nehmen.

Nach ein anderes Moment, welches in der Steuerkommission des Reichstages angeführt wurde, sei hier erwähnt. Es wurde bemerkt, daß die Zigarette ein Feind des deutschen Tabakbaues sei, dessen Schutz bekanntlich auch die jetzige Gesetzesvorlage anstrebt. Offenbar liegt auch die jetzige Gesetzesvorlage schon seit längerer Zeit für diesen Industriezweig eine völlige Unkenntnis darüber zugrunde, daß die Zigarettenindustrie schon seit längerer Zeit für ihre billigste Preislage deutschen Tabak, und zwar im wachsendem Umfange verwendet, und daß sie lediglich durch Regierungsmaßnahmen daran verhindert worden ist, sich während des Krieges in noch größerem Maße unserem heimischen Tabak zuzuwenden. Da es nun für jeden Sachmann absolut zweifellos ist, daß wir für Orienttabak zu billigen Preisen, wie solche früher bestanden, auch nach dem Kriege nicht wieder erleben werden, so ist es klar, daß dem deutschen Tabakbau in der Zigarettenindustrie ein neuer, bedeutender Abnehmer erwachsen dürfte, vorausgesetzt, daß die billigeren Preislagen der Zigarette nicht durch Ueberlastung mit Steuern unmöglich gemacht werden. Auch der deutsche Tabakbau kann somit, wie die Dinge heute liegen, nur ein Interesse daran haben, daß die billigen Preislagen des Massenkonsums der Zigarette erhalten bleiben, während die Erbroffelungssteuern, die heute auf die Zigarette gelegt werden sollen, ihn selbst schädigen müssen.“

## Vom Tabakmarkt.

Den „Reinigteten Tabak-Zeitungen“ wird aus Amsterdam geschrieben:

Die Mitteilung, die N. D. T. beabsichtige, auf Drängen der Arbeitervereinigungen die inländische Rohstoffversorgung sicherzustellen, veranlaßt begreiflicherweise in den beteiligten Händlertreibern, welche die Ausschaltung Erfürchteten, starke Erregung, da mal es deutlich wurde, daß es der N. D. T. bitterer Ernst sei, als seit Jahren der Prüfungszweck auf dem Tabak keine Partie Tabak mehr herausgab. Daraus lief die Nachricht durch die Presse, daß sowohl für den Einkauf wie für die Verteilung Kommissionen eingesetzt würden, je aus einem Vertreter der Importeure, der Händler, der Fabrikanten und der Generalkaufleute bestehend. Es scheint jedoch, daß unter der Hand eine Einigung zustande gekommen ist, wodurch den widersprechenden Interessen nach Möglichkeit Rechnung getragen und eine Störung der gewöhnlichen Geschäftsverhältnisse vermieden wird, jedenfalls wird die ausländische Tabakausfuhr nicht erschwert werden. Dieser Kompromiß geht dahin, daß die Importeure gemeinsam ein Quantum von 4000 Ballen Java-Strüks, verteilt auf drei Monate, für die holländische Fabrikation verfügbar stellen, zu Preisen, welche die Herstellung billigerer Sorten gestatten, dagegen verpflichten sich die Fabrikanten, welche kontingentierte Rohabak beziehen, während der genannten Zeitdauer von Arbeiterentlastungen Abstand zu nehmen und die mit kontingentiertem Material gefertigten Zigaretten nicht für ausländische Bestimmung abzulassen. Die Kontingentierungszahlen, d. h. den Unterschied zwischen erzielbarem Marktwert und dem Urteilungspreis tragen die Importeure gemeinsam, auf obiges Quantum wird der Verlust auf mindestens 300 000 Gulden geschätzt. In Erwartung dieser Verhältnisse machen die holländischen Zigarettenfabrikanten endlich den Versuch, die Zigarettenpreise den veränderten Marktverhältnissen anzupassen; was ja während der Unzeitigkeit sehr leicht gelingt ist; überall ist in kurzer Frist eine Erhöhung des Kleinverkaufspreises angekündigt. Die Schneidfabrikanten sind schon längst mit mehrfacher Erhöhung der Rauchabakpreise vorangegangen, da ihre Organisation wesentlich strenger ist, und nirgends hat der Preisanschlag auf eine Konsumverminderung geführt, der beste Beweis, daß Tabak mehr ist als ein entbehrliches Genussmittel. Die Fabrikation der billigsten Zigaretten wird denn auch demnächst ganz aufhören. Die 2- und 3-Eis-Zigaretten des Massenverbrauchs werden verschwinden und 3- bis 5-Eis-Zigaretten die landesüblichen Preislagen werden.

Die neue Sumatra-Ernte erntet sich, was Farben betrifft, als besser als ursprünglich erwartet. Sowohl die Rotterdammer April- wie die beiden letzten Mai-Einschreibungen brachten im Sand- und Flutblatt eine Reihe . . . Der früher im Tabak kaum gekannte Terminhandel, d. h. Umsätze in schwimmenden oder selbst noch nicht gepflanzten Tabaken, hat einen gewaltigen Umfang, bei dem noch immer im Steigen befindlichen Notierungen gehen die Lieferungskontrakte von Hand zu Hand, wobei auch fast rasche Kapitalisten mitmachen. Es liegt auf der Hand, daß bei dem gegenwärtigen Preisniveau die Tabakauszüchtungen in Niederländischen Indien eine rasche Ausbeutung nehmen werden. So macht der Jahresbericht der Senemah-Mis, einer der größten auf Sumatra, bekannt, daß die Pflanzungsfläche von 1915 auf 1916 von 2000 auf 3400 Hektar erweitert wird, über den Umfang der 1916/17er Java-Produktion, die was Strüks betrifft, vorwiegend auf kleine Lauerhöhen Betrieb beruht, fehlt noch jeder Anhalt. Selbstredend ist bei den völlig ausgezehrt zu Vorräten und dem dauernd verminderten Schiffsraum eine Wiederkehr niedriger Preise für absehbare Zeit ausgeschlossen.

## Austritt aus dem Hansabund.

Nachstehende Firmen der Zigarettenindustrie sind aus dem „Hansabund“ ausgetreten:

- Constantin A.-G., Hannover,
- A. M. C. Klein u. Söhne, Dresden (auch für 85 Angestellte),
- Leupold Engelhardt, Bremen,
- Gebrüder Halpaus, Breslau,
- Georg Jasmani u. Söhne, Dresden,
- Kios, E. Rob. Böhme, Dresden,
- Muratti G. m. b. H., Berlin,
- Haus Neuerburg, Trier,
- E. Kochmann, Berlin,
- Walbori-Astoria, Hamburg,
- Penibze, Dresden,
- Garbath, Berlin-Pankow.

Der Austritt erfolgte, weil der „Hansabund“ es nicht für nötig gehalten hatte, mit den ihm angehörenden Fachmännern vor seiner Stellungnahme gegenüber der Zigarettenindustrie Fühlung zu nehmen.

## Erhöhung der Tabaksteuer in Russland

Das infolge des Krieges fortgesetzte Anwachsen der russischen außerordentlichen Staatsausgaben hat das Finanzministerium veranlaßt, dem Ministerrat die Erhöhung der bisherigen Tabaksteuer vorzuschlagen. Durch Gesetz vom 27. Juli und 11. November 1914 war bereits eine Erhöhung der Abgaben auf Tabak und Tabakfabrikate eingetreten; die neue Vorlage sieht eine Mehrbelastung der Tabakindustrie um weitere durchschnittlich 64,5 Prozent vor. Für das Staatsjahr 1916 hatte man aus der Tabak-

Steuer, die schon jetzt im Reichshaushalt einen der ersten Posten einnimmt, eine Erhöhung von rund 150 000 000 Rubel erwartet; durch den neuen Tarif glaubt das Finanzministerium demnach, ohne die Tabakindustrie zu schädigen, weitere rund 100 000 000 Rubel aufzubringen. Der neue Tarif sieht folgende Steuerhöhen vor: 1. Rauchtabak von 0,87 bis 6 Rubel pro Pfund; 2. Schnupftabak 1,90 Rubel pro Pfund; 3. Zigarren 6,75 bis 25,70 Rubel pro 1000 Stück; 4. Zigaretten 6 Rubel pro 1000 Stück; 5. Pappros von 2,30 bis bis 10 Rubel pro 1000 Stück. Bei der Ausarbeitung des neuen Tarifs waren die Vertreter der größeren Tabakunternehmungen hinzugezogen worden.

### Cabaksteuer und Kleinfabrikation.

Der „Kölnischen Volkszeitung“, dem führenden Zentrumblatt Westdeutschlands, wird geschrieben: „In letzter Zeit hat man sich in weiten Kreisen der Tabakindustrie mit der neuen Tabaksteuerlage befaßt. Arbeiter, Händler und Fabrikanten haben hierzu Stellung genommen und die Widerstände hiergegen schon immer weitere Kreise. Wenn von der Vorlage gelangt werden konnte, daß die Tabakindustriellen sich für diese Steuerpläne ausgesprochen hätten, so zeigt es sich, aber immer mehr, daß es nur ein kleiner Teil der großen Fabrikanten im Zigarren- und Schnupftabakgewerbe war, der im Namen der gesamten Industrie, die sich im deutschen Tabakgewerbe zu vertreten glaubten, sich damit abgefunden hat. Der übergroße Teil der Mittel- und Kleinfabrikanten hat sich zum Teil gegen die Mehrbelastung in letzter Zeit und in der geplanten Form ausgesprochen, während ein anderer Teil genau wie die Arbeiter gegen jede Mehrbelastung sind, wegen der unabsehbaren Folgen, die für viele die Existenz in Frage stellen können. Daß die Großfabrikanten bei der einfachen Erhöhung der bisherigen Steuerarten am besten wohnen, ist für jeden Sachmann klar. Denn der Großfabrikant, der in der Lage ist, seine übersehbaren Rohstoffe direkt bei den Einschreibern kaufen zu können, kauft erstens mal billiger und zweitens zahlt er auch noch weniger Wertsteuer als der Mittel- und Kleinfabrikant, der gezwungen ist, seine Ware aus zweiter oder gar dritter Hand einzubringen. Am besten kann man dies an einem Beispiel klar machen. Nehmen wir an, ein Großfabrikant kauft im Holland bei der Einschreibung Tabak, der ihn durchschnittlich das Pfund zu 2 M zu stehen kommt. Hierzu zahlt er dann den Wertzoll von 40 Prozent. Das macht auf das Pfund 80 S, mithin steht das Pfund dann auf 2,80 M. Der Klein- und Mittelfabrikant aber, der gezwungen ist, vom Händler zu kaufen, zahlt für denselben Tabak 2,60 M für das Pfund; hierzu Wertzoll 40 Prozent ist 1 M; mithin kostet der selbe Tabak, den der Großfabrikant für 2,80 M kauft, dem Kleinfabrikanten 3,50 M das Pfund. Aber auch sonst zeigt sich, daß die jetzige Zoll- und Steuerform eine vollständig ungerechte ist, denn nun wird der sich gleichbleibende Gewichtszoll so, daß je teurer der Tabak, desto weniger er belastet ist, so daß der billige Tabak prozentual am meisten zu tragen hat. Dies geht aus nachstehender Tabelle in klarer Weise hervor:

Rohstoffpreis 1 Pf.	Gewichtszoll 40%	Wertzoll 40%	Gesamtbelastung	Belastung im Verhältnis zu Rohstoffpreis %
30	12	12	54%	181,66
70	28	28	70%	100,71
100	40	40	82%	82,50
200	80	80	122%	61,25
400	160	160	202%	50,62
600	240	240	282%	47,08
900	360	360	402%	44,66
1200	480	480	522%	43,54

Wenn man dann noch in Betracht zieht, daß die Kleinfabrikanten auch noch die Zigaretten in den billigen Preislagen herstellen, so kann man es verstehen, wenn diese sich gegen die jetzigen Steuerpläne zu wehren versuchen.

### Bewilligte Lohn- und Teuerungszulagen in der Tabakindustrie.

**Stammheim bei Stuttgart.** Die Firma August Oberer erhöhte die Zulage auf 10 Prozent. Eine abermalige Lohnerhöhung von 50 S pro Wille bewilligte die Firma H a n g.

**Raden i. d. Walz.** Endlich hat die Firma J. Reiß auf die Eingabe unserer Bauverwaltung die erste Teuerungszulage, ganze 5 Prozent bewilligt. Wo bleiben die in den Prospekten angeführten 15 Prozent Lohnerhöhung für die Tabakarbeiter?

**Zossen.** Die Firma D. H a d o w bewilligte noch eine Teuerungszulage von 5 Prozent.

### Die Gewerkschaften und die Politik des 4. August 1914.

Wir hatten die Absicht, die ganze Artikelserie des Korrespondenzblattes „Soziale Arbeiterpolitik und Gewerkschaften“ nachzurufen, doch mußten wir dabei absehen, weil die Stellungnahme zur Tabaksteuer einen größeren Raum des Tabak-Arbeiter in Anspruch nahm. Wir drücken nunmehr den letzten und zweifellos aktuellsten Aufsatz dieser Serie ab. Im übrigen wird die Artikelserie als Beilage demnächst erscheinen. (Red. d. F. A.)

Am 4. August 1914 gab die sozialdemokratische Partei einstimmig den geforderten Kriegskrediten ihre Zustimmung mit einer Begründung, in der sie erklärte: „Jetzt stehen wir vor der ephemer Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecken feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.“

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen gerufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Hunderttausende verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freie Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes besetzt hat, viel, wenn nicht alles auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur

und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir mehr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich!

Die deutschen Gewerkschaften haben, seitdem der Weltkrieg zur Tatsache geworden war, sich gleichfalls durch ihre Maßnahmen zur Förderung der inneren Kriegsvorsorge und der Wirtschaftsgesundung auf den Boden der Landesverteidigung gestellt und gemeinsam mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei in zahlreichen Fällen Schritte zur Linderung der Not und zur Erleichterung des Schicksals der Kriegsoptioner unternommen. Sie haben dann, als in der sozialdemokratischen Fraktion sich Absonderungen von jener damals einmütigen Haltung bemerkbar machten, auf einer Vorstandskonferenz vom 5. bis 7. Juli 1915 noch ausdrücklich ihre Zustimmung zur Politik des 4. August 1914 durch einen Beschluß bekräftigt, in dem es heißt:

„Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiansschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.“

Seitdem hat sich der Gegensatz in der Reichstagsfraktion bis zur offenen Spaltung verschärft, und die Politik des 4. August 1914, die der Fraktionsmehrheit ist zum Streitpunkt in der Partei geworden.

Der Streit um die Fraktionspaltung muß selbstverständlich im Schoße der Partei ausgetragen werden; die Gewerkschaften werden durch ihn nur mittelbar berührt, soweit die parlamentarische Vertretung gewerkschaftlicher Arbeiterinteressen in Betracht kommt. Dafür kann es nur die Reichstagsfraktion der Partei geben, mit der sie durch das Mannheimer Abkommen seit dem Jahre 1908 in engerem Zusammenwirken stehen, und deren Satzungen kennen nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Der Streit um die Politik des 4. August 1914 berührt aber ganz wesentliche Interessen der Gewerkschaften, und zu dieser Politik wollen wir uns in aller Offenheit ausdrücken und erneut bekennen.

Was besagt die Politik des 4. August? Sie ist die Politik der gemeinsamen Landesverteidigung ohne Unterscheid von Religion, Klasse oder Partei. Sie ist eine Politik der organisatorischen Hebung und Stärkung der Widerstandskraft unseres Volkes gegen die Niederringung Deutschlands mit anderen Mitteln als durch die Ueberlegenheit der Waffen. Sie ist in Summa die Politik deutscher Selbsterhaltung!

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Landesverteidigung ist oft genug erörtert worden; sie soll hier nicht weiter berührt werden. Für die Arbeiter als Wirtschaftsglied ist das Vaterland nicht bloß die Heimat, der heimatlische Herd im weiteren Sinne, den es zu verteidigen gilt gegen jeden äußeren Angriff, sondern es verkörpert für sie zugleich die Wirtschaftseinheit. Als Wirtschaftseinheit ist es für sie die Voraussetzung für das Gedeihen von Industrie, Gewerbe und Handel, Landwirtschaft, Verkehr und für die Wissenschaft in ihren vielfältigen Beziehungen zum Berufsleben, also auch für das Gedeihen der deutschen Arbeit. Diese Wirtschaftseinheit umfaßt Gebiete, deren Naturschätze der Industrie, der Landwirtschaft unentbehrlich und unersetzlich sind, sie umfaßt den Boden, den wir im Interesse der heimischen Lebensmittelversorgung nicht entbehren können; sie umschließt Ströme, die für den Binnen- und Durchgangsverkehr eine Lebensnotwendigkeit sind, Häfen, in denen Deutschlands Anteil am Güterausstausch des Weltmarktes lagert. Jede fremde Invasion droht uns diese Voraussetzungen unserer heimischen Volkswirtschaft nicht allein vorübergehend während des Krieges, sondern nach den Plänen unserer Gegner auch dauernd zu entreißen, der ischen Boden in Feindesgewalt zu bringen, deutsche Landwirtschaft wie in Ostpreußen zu vernichten, deutsche Industriestätten zu zerstören, deutschen Handel dauernd lahmzulegen. Alles dies bedroht auch die deutsche Arbeit, die von der Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft lebt, die von Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft in hohem Maße abhängig ist.

Das Gedeihen der deutschen Arbeit ist aber die Grundlage für ein gedeihliches Wirken der deutschen Gewerkschaften, der Wirtschaftsverbände der Arbeiterklasse. Jede Verkünderung der deutschen Wirtschaftseinheit fällt in ihren Wirkungen auf letztere zurück. Unter der Ausschaltung irgendeiner deutschen Industrie vom Weltmarkt leiden erfahrungsgemäß am allermeisten deren Arbeiter; das haben uns die Handelskriege und Krisen genugsam gelehrt. Die Vernichtung des deutschen Anteils am Weltmarkt würde nicht bloß dessen Angestellte und Arbeiter, sondern auch die industriellen Erzeuger der in Frage kommenden Produkte in ihren Existenzbedingungen aufs schwerste gefährden. Und es ist eines der eingestandenen Kriegsziele unserer Feinde, Deutschlands Industrie und Handel zu zerstören, ein Ziel, dem sie schon seit dem Kriegsbeginn mit Zähigkeit nachstreben und das ganz wesentlich zur Verhinderung des Krieges beigetragen hat. Deutschlands Anteil an der Weltproduktion und am Weltmarkt soll vermindert, sein Wettbewerbsvermögen auf dem Weltmarkt unschädlich gemacht werden. In diesem Anteil an der Weltwirtschaft steckt aber auch der Anteil deutscher Arbeit, den wir zu verteidigen haben, deutscher Arbeit als Wirtschaftseinheit und Erzeugnis, deutscher Arbeit als weitere Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Arbeiterklasse, nicht zuletzt deutscher Arbeit als Organisation! Denn auch die Arbeiterorganisation gedeiht nur in einem wirtschaftlich entwickelten und entwicklungsfähigen Lande. Was wir als Organisation geworden sind, danken wir neben der eigenen Kraft auch einem blühenden deutschen Wirtschaftszustand.

Deutsche Arbeit! Wir dürfen uns mit Stolz zu ihr bekennen, denn sie hat unsere Stellung auf dem Weltmarkt begründet und den früher verachteten Namen

„made in Germany“ zu einem Ehrentitel gemacht. Sie sichert dem deutschen Arbeiter ein hohes Maß von Achtung, die seinem Fleiß, seiner Gründlichkeit, seiner Geschäftlichkeit gepollt wird. Deutsche Arbeit in der Zukunft! Wer wollte die Zeiten zurückwünschen, da unser Land seine arbeitskräftigen Hände über die Grenzen hinauswandern sah, weil es ihnen nicht genügend Beschäftigung zu geben vermochte? Deutsche Arbeiterorganisation! Sie, die an Stärke und Leistungen die aller Nationen überragte und zur Führung im Reigen aller Völker berufen schien, — wer möchte sie von ihrer Höhe herabstoßen und in chronischen Wirtschaftskrisen ihre Kräfte aufzehren sehen?

Und haben diese Arbeiterorganisationen nicht auch in ihrem jahrzehntelangen Wirken etwas geschaffen, das sie zu verteidigen haben? In ihren wirtschaftlichen Errungenschaften an Arbeitszeitverkürzung, Lohn- und Gehaltserhöhungen, Mitbestimmung an den Arbeitsbedingungen, in der ganzen materiellen Grundlage einer neuen Arbeiterkultur, auf der wir in den kommenden Jahrzehnten weiterkämpfen, weiterbauen wollen, die wir unseren Kindern zu weiterer Entwicklung hinterlassen wollen, bis das ökonomische Joch der Lohnarbeit bereinst beseitigt sein wird. Sollen wir das alles schenken im Stich lassen, feindlicher Invasion preisgeben?

Im deutschen Arbeiterschutze, so unzureichend er noch sein mag, stecken Jahrzehnte mühsamen gewerkschaftlichen Wirkens. Sollen wir das der Gnade Russlands überlassen?

In der deutschen Arbeiterversicherung, mag sie noch nicht völlig unseren Wünschen entsprechen, haben wir das Ergebnis eines Drittel-Jahrhundert sozialer Gesetzgebung, die wir den herrschenden Klassen abgerungen haben. Wir haben sie uns in zäher Kleinarbeit ganz zu eigen gemacht. Sollen wir auch sie völlig kampflös abgeben?

In den gewerkschaftlichen Tarifverträgen verteidigen wir ein werdendes Arbeitsrecht, das die Wirtschaftszustände in den Dienst der künftigen Rechtsgestaltung stellt. Gelten uns diese verheißungsvollen Ansätze einer gleichberechtigten Mitarbeit der Arbeiterklasse so wenig, daß wir sie unbedenklich feindlicher Uebermacht opfern?

In den deutschen Gewerkschaften haben wir allezeit wertvolle Organisationen erblickt, die der Arbeiterschaft den Aufstieg zu höherer sozialer Kultur ermöglichen. Es hieße sie mit allen ihren wirtschaftlichen, sozialen und sozialpolitischen Errungenschaften preisgeben, wenn wir das Vaterland seinen Feinden überließe, denn diese würden, unbekümmert um die großen Ziele der Gewerkschaften, ihnen wirtschaftlich und rechtlich den Lebensfaden abschneiden. Der Zarismus würde sie ohne langes Federlesen zertrümmern, aber auch die steigenden Bestrebungen würden ihnen den Boden ihrer gesunden Entwicklung entziehen, denn die Gewerkschaften wurzeln im deutschen Wirtschaftsleben, ohne welches uns der Aufstieg zu höherer Menschheitskultur undenkbar erscheinen muß.

Dies alles vereinigt sich für uns in der Politik des 4. August 1914, die nicht allein für die sozialdemokratische Partei von entscheidender Bedeutung sein mag, sondern auch für die Gewerkschaften eine Lebensfrage bildet. Mit dem deutschen Lande, seiner Unverletzlichkeit durch fremde Eroberung, verteidigen wir die materiellen Grundlagen seines Volkes, die deutsche Volkswirtschaft und deren geistigen Ueberbau, die deutsche Kultur, in der wir leben und unsere Kinder erziehen, in der deutschen Wirtschaft die Gewerkschaften und alles, was diese für die deutsche Arbeiterschaft errungen haben. Mit ihrer ganzen Existenz, mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind unsere Gewerkschaften in der deutschen Volkswirtschaft verankert. Es hieße sie von diesem Boden trennen, sie von den Wurzeln ihrer Kraft losreißen, wollten wir das Vaterland in diesen Stunden, Tagen und Jahren der Gefahr im Stich lassen.

Diese Gefahr wird durch die längere Dauer des Krieges nicht vermindert, sondern ins Ungeheure erhöht. Die Opfer an Gut und Blut sind gewaltig angewachsen; sie haben die Leidenschaften nicht beruhigt, sondern angefeuert. Dem Unterliegenden droht heute mehr bei längerer Dauer des Krieges mehr denn je die Rolle der Sieger. Gebietsabtretungen, ungeheure Kriegsschädigungen, die auf Jahrzehnte hinaus selbst ein blühendes Reich zugrunde richten können, Bedingungen, die Produktion und Handel schädigen, werden ihm auferlegt werden. Das gilt heute nicht weniger als am Beginn des Krieges. Deshalb erheischt unser Lebensinteresse ein unverbrüchliches Festhalten an der Politik des 4. August 1914, bis auch die Gegner zu einem Frieden bereit sind, der uns die Freundschaft mit den Nachbarn nicht ermöglicht. Die Verweigerung der Kriegskredite kann nicht gerechtfertigt werden durch den Hinweis, daß gegenwärtig deutscher Boden vom Feinde nicht bedroht ist. Unser Land wird an der deutschen Heeresfront im Osten, Südwesten und Westen verteidigt. Deutschland hält die Front, unsere Arbeitsbrüder, unsere Genossen, unsere Mitglieber verteidigen sie mit dem Einsatz ihres Lebens. Mit der Verweigerung der Kriegskredite geben wir die eigenen Volksgenossen, unsere Verteidiger, den Feinden preis, den Feinden, die beim Zurückgehen unserer Heere an die Reichsgrenzen dort keineswegs Halt machen, sondern ihnen folgen und den Krieg in unser Land tragen würden.

So ist die Politik des 4. August 1914, die Politik deutscher Selbsterhaltung, auch heute noch die einzige richtige für unser Volk. Sie ist zugleich die Politik der Selbsterhaltung der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, der politischen wie auch der gewerkschaftlichen, denn in jeder andern Politik wäre sie rettungslos verloren gewesen. Nur in der Rettung des ganzen Volkes kann sie ihre Daseinsberechtigung behaupten.

Die Politik des 4. August 1914 ist der Gesamtanbruch des jahrzehntelangen Wirkens der deutschen Gewerkschaften, deren ganze Vergangenheit ein einziger Kampf für den Aufstieg der Arbeiterklasse zur Teilnahme an den Errungenschaften einer höheren Kultur war.

In ihr verteidigt die Deutsche Gewerkschaftsbewegung sich selbst, ihre Existenz, ihre Gegenwart.  
Die Politik des 4. August 1914 ist die Voraussetzung für die Zukunft der Gewerkschaften, für die Verwirklichung ihrer großen Ziele und Ideale, denn nicht von außen her kommt uns die Befreiung vom ökonomischen Lehnjoch, sondern wir müssen derselben die Kraft haben, uns selbst zu befreien. Das Volk, das vor dem Faschismus und seinen Verbündeten die Selbsterhaltung preisgibt, hat in der Zukunft des Sozialismus seinen entscheidenden Einfluß verloren!

### Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telephonamt Roland 6040. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.  
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.  
Geld-, Einschreib- und Wertsendungen nur an B. Nieder-Bekand, Bremen, Faulenstraße 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß-einlaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. G. in Hamburg, Postkassett. Nr. 5349 beim Postkassentamt in Hamburg.

### Bekanntmachungen.

Als verloren gemeldet: Dresden. Das Mitgliedsbuch S. II 51923, lautend auf Hann Dietrich, geb. 9. 7. 89, eingetr. 24. 11. 12, Nr. 2. (S. 238, 11. 3. 16.)  
Das Mitgliedsbuch S. II 70902, lautend auf Anna Klaser, geb. 5. 8. 97, eingetr. 10. 6. 15, Nr. 1. (S. 229, 12. 3. 16.)  
Das Mitgliedsbuch S. II 72923, lautend auf Friedr. Heißig, geb. 11. 9. 87, eingetr. 30. 10. 15, Nr. 1. (S. 230, 13. 3. 16.)  
Im Vorzugungsfalle sind die Bücher einzugehen und an den Vorstand einzusenden.

Folgende Gelder sind bei mir eingegangen (B. = Verbands-gelder):  
12. Mai: Gariha B. 400.—, Sobenstein B. 50.—, 13. Mai B. 25,25 Berlin B. 600.—, Brechtel B. 30.—, 14. Stuttgart B. 150.—, Händchen B. 101,20, Rängenbier B. 75.—, Wale f. Lippe B. 60.—, Hall a. S. B. 100.—, Dahlen B. 50.—, Wählberg a. B. 50.—, 15. Nothe B. 100.—, Nordhagen B. 600.—, Wittenberg B. 17,18, Dreesheim B. 25.—, Hamburg B. 200.—, Cottbus B. 20.—, Neugersdorf B. 60.—, 16. Berlin B. 400.—, Gernrode B. 19.—, Spange B. 100.—, Welling B. 69.—, Spremberg B. 100.—, 17. Wöningen B. 20.—, 18. Bremen B. 350.—, Berlin B. 50.—, Finsternthal B. 400.—  
Die Bevollmächtigten werden ersucht, alle überflüssigen Gelder einzusenden.  
Bremen, den 22. Mai 1916. B. Nieder-Bekand.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1916 gingen noch bis zum 23. Mai ein:  
1. Gau, Hamburg; Delmenhorst; — 2. Gau, Hannover; Gernrode; — 4. Gau, Herford; Detmold; — 8. Gau, Karlsruhe; Heilbronn; — 9. Gau, Erfurt; Müha; — 10. Gau, Dresden; Dreinig.

### Gestorben:

Gefallen am 8. Mai der Zigarettenarbeiter Arthur Zug, 37 Jahre alt (Bahnhalle Berlin).  
Am 14. Mai starb in Berlin die Zigarettenmaschinen-fabrikarbeiterin Anna Fuhrmann Ww., 31 Jahre alt.  
Am 18. Mai starb in Dresden die Wollweberei Frieda Klapper aus Pulsnitz, 23 Jahre alt.  
Am 20. Mai starb in Altona der Zigarettenarbeiter Johann Schaab aus Kiel, 72 Jahre alt.  
Am 20. Mai starb in Altona der Zigarettenarbeiter Wilhelm Schulte aus Kiel, 61 Jahre alt.  
Am 21. Mai starb in Barendorf der Zigarettenarbeiter Peter Wagner aus Wittlich, 58 Jahre alt.  
Ehre ihrem Andenken!

### Adressen-Änderungen.

Berlin (12): 1. Bev. Elias Laub Berlin-Pankow, Gabelstraße 80.  
Waltersdorf b. Griner (12): 1. Bev. Kurt Swidert, Berlin D. 84, Kobernistr. 4; 2. Bev. Otto Hermann, Waltersdorf, Schleierstr. 1.

### Unterstützungen werden ausgezahlt:

Waltersdorf b. Griner: P. u. A. M. beim 2. Bev. Otto Hermann, Schleierstr. 1. Durchreisende erhalten ihre Wanderunterstützung bei dem 1. Bev. Kurt Swidert in der Zigarettenfabrik Ernst Kühn, und zwar mittags von 12 bis 1 Uhr. Sonntags wird nicht ausgezahlt.



**Eckstein**  
Zigaretten  
Einzig in Qualität  
Trusffrei  
A. ECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

Größtes Wickelformenlager Deutschlands  
JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER  
**L. COHN & CO.**  
BERLIN N., BRUNNENSTRASSE N° 24.  
Verlangen Sie sofort kostenlos  
Unsere Haupt-Preislisten, Modellbogen, Zigarettenband, Zigarettenring, Papier, Tragentk-Muster etc.

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

Soeben neu erschienen

Modellbogen

**209**

für gebrauchte

Wickelformen

### Großfist sucht Zigarren

Insam und nach dem Krieg. Er-bitte Käufer mit äußerster Präzision an Schließfach Nr. 15.

### Friedberg in Hessen.

**Rohtab-Abhandlung**  
kauft bei Aufgabe der Fabri-kation u. Tabake und Utensilien gegen sofortige Kasse. Off. mit Preisangabe unter Schiffe Nr. 100. Exp. d. Bl.

„Bewährte Bezugsquelle aller zur Zigarettenfabrikation ge-eigneten Rohtabake zu gün-stigsten Marktpreisen. Jeder-zeit werden Rippen gegen so-forthige Kasse zum Tagespreise abgenommen.“  
Leon Weil, Speyer.

### Hugo Müller, Rohtabak

Bremen, Hornstraße 38.  
Braftl-Deder, St. Jolly 3.80 u. 4.— M., Sumatra-Deder 5.— bis 7.50 M., Vorstienland-Deder, leicht, 4.— und 5.— M., buntel, 4.— u. 4.20 M., Java-Umblatt u. -Einlage, sehr leicht, 3.30 M., Sumatra-Umblatt, sehr leicht, 3.60 M., Garmen-Umblatt, sehr leicht, 3.50 M., Essgut, gesund, 2.50 M., gesü. Einlage, gesund, 2.40 M., Spagtabak 1.40 M., Großblatt 1.75 M. per 1/2 kg. Alle vorherigen Preise sind an-gehoben. Versand unter Nachnahme.

### Einlage-Tabake

entrippte Java-Sumatra und Pfälzer laufend in jedem Quan-tum abzugeben. Käufer gegen Nach-nahme. Koh. u. Schließfach Nr. 15.  
Friedberg in Hessen.

### Carl Roland

Berlin SO 26  
Kottbuserstrasse 4.

Sumatra-Decks  
pr. Pfd. 3.80, 4.—, 4.50, 5.50 M.  
G. B. M., 1. Blattlänge, ganz hell, pr. Pfd. 7.70 M.  
Mexiko-Decks pr. Pfd. 5.— M.  
Havana ..... pr. Pfd. 5.— M.  
Brasil ..... pr. Pfd. 3.20 M.  
Java-Einlage... pr. Pfd. 2.50 M.  
Java-Einlage mit Umblatt pr. Pfd. 2.60, 2.80, 2.85, 2.90 M.  
Java-Umblatt... pr. Pfd. 3.50 M.  
Ubersaalacher Tabak nur bei gleichzeitiger Entnahme von andern Tabaken pr. Pfd. 1.70 M.

### Achtung! Rohtabak!

Hengloss & Maak  
Altona-Ottensen  
Filiale: Berlin N.,  
Brunnenstrasse 25.

### Gelesene Tabak-Arbeiter

bilden ein ganz vorzügliches Agitationsmittel, aus diesem Grunde gebe man sie stets an unorganisierte Kollegen weiter.

### Bekanntmachung.

In Anbetracht der außerordentlichen Zeitverhältnisse hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Zentral-kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands beschlossen, von einer in diesem Jahre ein-zuberufenden ordentlichen Generalversammlung vorerst noch abzusehen.

Hamburg, den 18. Mai 1916.  
S. Lenz, Vorsitzender.

Druckfachen  
S. H. Schmalzfeldt & Co.  
Bremen.  
Liefert schnell und billig

# Neue Sumatra-Angebote aus meinem verzollten Lager

Diese Tabake sind speziell für die verzollt einkaufenden Fabrikanten reserviert!

## Sumatra-Sandblatt:

No. 3433. Vollblatt, 2. Länge, graufahl	Mk. 9.—
" 3434. " 3. " " "	" 8.—
" 3435. " 4. " " "	" 4.—
" 3436. Lochblatt, 2. " hellfahl	" 6.50
" 3437. " 3. " " "	" 5.—
" 3438. " 4. " Sortiertabak	" 3.50

**Edelster Tabak mit prachtvollem Brand und idealen Farben.**

## Sumatra-Pflückblatt:

No. 3439. Vollblatt, 1. Länge, hellfahl	Mk. 10.—
" 3440. " 2. " " "	" 9.—
" 3441. " 3. " " "	" 8.—
" 3442. " 1. " lehrhaft hell	" 8.50
" 3443. " 2. " " "	" 8.—
" 3444. " 3. " " "	" 7.—
" 3445. Lochblatt, 1. " hellfahl u. hell	" 7.50
" 3446. " 2. " " "	" 6.50
" 3447. " 3. " " "	" 5.50

**Ganz ungewöhnlich edle, zarte, rein-farbige Tabake mit feinstem Brand.**

# Heinrich Franck, Berlin N 54

Kottbuserstrasse 22  
Utensilien für Zigarettenfabriken

Bestandhalter: B. Nieder-Bekand, Leiter: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, C. Deichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei u. Verlagsanst. J. S. Schmalzfeldt u. Co., sämtlich in Bremen.